

ECKPUNKTE UND ZIELE IN DER OPEN GOVERNMENT PARTNERSHIP (Version 1.0, Oktober 2019)

A. Bedeutung von Open Government

Open Government (offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln) beschreibt eine „*Kultur der Regierungsführung, die – geleitet von den Grundsätzen der Transparenz, Rechenschaftspflicht und Teilhabe – auf innovativem und nachhaltigem staatlichen Entscheiden und Handeln beruht und die Demokratie sowie integratives Wachstum fördert*“ (OECD). Offenheit im Sinne von Open Government äußert sich etwa durch Zuhören, Zusammenarbeiten, transparentes Handeln und das Ablegen von Rechenschaft, das Fördern von Integrität und Inklusion und das Ermöglichen von Partizipation. Als **Leitbild** eignet es sich daher für alle Verwaltungsebenen und Politikfelder und ist dabei weder strukturell auf die Exekutive noch inhaltlich auf den Bereich der Informationstechnologie beschränkt. Open Government erweitert Konzepte wie *Good Governance* oder bessere Rechtsetzung um ein ganzheitliches Narrativ von innovativem staatlichen Handeln zur Stärkung von Demokratie und Gesellschaft durch Vertrauen und Zusammenarbeit. Damit wollen wir zu folgenden **Zielen** beitragen:

- Regierungs- und Verwaltungshandeln zukunftssicher, besser und bürgernäher machen
- bürgerschaftliches und intersektorales Engagement gesamtgesellschaftlich stärken
- Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen erreichen
- Vertrauen in Politik und Verwaltung wiedergewinnen und stärken
- Korruption bekämpfen, Innovation stärken und Verwaltungshandeln modernisieren.

Mit Open Government tragen wir zu fühlbaren Verbesserungen im Leben unserer Bürgerinnen und Bürger bei. Die Bundesregierung orientiert sich dabei auch an den Prinzipien, die in der *Open Government Declaration* festgehalten sind: Transparenz stärken, Partizipation und Zusammenarbeit ermöglichen, Korruption bekämpfen sowie digitale Technologien zum Wohl der Menschen nutzen. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln kann politikfeldübergreifend bessere Ergebnisse sowie höheren Rückhalt und Vertrauen befördern. Damit trägt es zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, dem Wohlstand und der Sicherheit in Deutschland und in Europa bei. Mit Open Government fördern wir außerdem die Umsetzung von Ziel 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

B. Ziele national

1. Wahrnehmung

Open Government soll als Leitbild des Regierungs- und Verwaltungshandelns in allen Politikfeldern und auf allen Verwaltungsebenen bekannter werden. Dafür unterstützen und fördern wir die anhaltende Vernetzung, Aufklärungsarbeit und wissenschaftliche Befassung mit Open Government und führen die begonnene proaktive Kommunikationsarbeit fort.

2. Verankerung

Wir prüfen, befürworten und unterstützen passende Formen der Verankerung von Open Government an strategischer Stelle in Ministerien und Behörden sowie z.B. in Strategien, Grundlagendokumenten oder Organisationsmandaten. Wir wollen eine Verstärkung des ressort- und ebenenübergreifenden Austausches zu Open Government.

3. Prozessoptimierung

Ab dem Prozess zum 3. NAP werden die Verpflichtungen der Bundesressorts (sowie etwaige Beiträge der Länder) im proaktiveren Dialog mit der Zivilgesellschaft erarbeitet. Dazu streben wir an, dass eine frühzeitige Befassung mit potentiellen Maßnahmen stattfindet und das Verfahren (sowie ggf. Schwerpunktthemen) durch einen Kabinettsbeschluss festgelegt wird.

4. Föderalismus

Für die ebenenübergreifende Zusammenarbeit bei Open Government (insbesondere OGP-Teilnahme und die Erarbeitung Nationaler Aktionspläne) sollen informelle und formelle Strukturen identifiziert werden, die einen unkomplizierten und zugleich zielorientierten Umgang mit Open Government als Querschnittsthema zulassen. Gemeinsam soll der fachliche Austausch auf Landes- und Kommunalebene befördert und Aktivitäten auf diesen Ebenen (auch internationale) bessere Sichtbarkeit verschafft werden.

C. Ziele international und im OGP-Lenkungsausschuss

5. Organisatorische und finanzielle Nachhaltigkeit

Wir setzen uns gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten für eine nachhaltige Finanzierung, Personalpolitik und politische Unterstützung der OGP ein.

6. Professionalisierung der Kommunikation und Strukturen

Um eine bessere Akzeptanz und Wirksamkeit zu erzielen, sollten Beschlüsse, Grundlagendokumente und Kommunikationsmittel der OGP regelmäßiger und verlässlicher unter den Teilnehmerstaaten abgestimmt und auf Kompatibilität mit den unterschiedlichen politischen Systemen und Verwaltungsstrukturen überprüft werden. Die Arbeitsweisen der OGP sollten die Diversität in den politischen Strukturen seiner Teilnehmerstaaten adäquater berücksichtigen.

7. Synergien

Wir bemühen uns um eine inhaltliche und institutionelle Verknüpfung der OGP-Agenda mit themenverwandten Diskursen, Prozessen und Strukturen internationaler Organisationen und Foren. Eine stärkere Vernetzung und Abstimmung insbesondere innerhalb der europäischen Staatengemeinde auch in der OGP ist für uns erstrebenswert.

8. Reform der OGP

Wir stehen Diskussionen um institutionelle und prozedurale Veränderungen der OGP grundsätzlich offen gegenüber. Die Unterstützung, Akzentuierung und Wertschätzung von Reformprozessen entlang der gesamten Themenbreite von Open Government soll (für die Anforderungen aller Stakeholder gleichermaßen) besser von der Funktionslogik der Organisation abgebildet werden.